

Der Direktor der Stiftung, Prof. Dr. Manfred Kittel, hat in der Sitzung des Stiftungsrates am 25. Oktober 2010 den Entwurf eines Eckpunktepapiers vorgelegt, das die Grundlage für die Erarbeitung eines Ausstellungskonzepts sein soll. Der Stiftungsrat hat das Papier einmütig als gute Beratungsgrundlage begrüßt. Er wird das Eckpunktepapier an den Wissenschaftlichen Beraterkreis weiterleiten, der dieses - einschließlich einer möglichen Einbeziehung Externer - behandeln wird. Der Stiftungsrat wird dazu in einer der folgenden Sitzungen einen endgültigen Beschluss fassen.

Eckpunkte für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die geplante Dauerausstellung

Präambel

1. Stiftungsauftrag

- Vertreibung erinnern – Vertreibung ächten – Versöhnung vertiefen
- Multiperspektivität als Beitrag zur europäischen Verständigung

2. Thema: Zwangsmigration in der deutschen und europäischen Geschichte

- Flucht und Vertreibung der Deutschen
- Kontext der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik
- Europäische Dimension
- Ethnopolitisch motivierte Vertreibungen und Genozide

3. Standort, Bildungsauftrag und Zielgruppen

4. Dokumentations- und Informationszentrum

5. Dauerausstellung

- Prolog und geographischer Überblick
- Das Ende des Ersten Weltkriegs und das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Mehr- und Minderheiten in der Zwischenkriegszeit
- „Volksgemeinschaft“ und „Lebensraum“: Zentrale Bestandteile der NS-Ideologie
- Der Zweite Weltkrieg:
 - Krieg und Völkermord
 - Flucht der deutschen Zivilbevölkerung
- Die Vertreibung der Deutschen und die Nachkriegsordnung Europas
- Ankunft und Integration der deutschen Vertriebenen
- Nach 1989: Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur?

6. Ausblick

Präambel

Europa war im 20. Jahrhundert über lange Zeiträume durch Kriege und totalitäre Diktaturen geprägt. Das verbrecherische NS-Regime hat millionenfaches Leid verursacht und tiefe Gräben zwischen den Völkern gerissen. Dies stellt auch die nachgeborenen Generationen in Deutschland vor die Aufgabe, die Verantwortung für diesen Teil der deutschen Geschichte zu übernehmen und sie gewissenhaft aufzuarbeiten. Sowohl im wissenschaftlichen als auch im zwischenmenschlichen und vom gegenseitigen Verständnis getragenen Dialog mit unseren europäischen Nachbarn geht es darum, gemeinsames Erinnern und Gedenken möglich zu machen und so zu Versöhnung und Partnerschaft in Europa beizutragen.

Die Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* wird das Schicksal der 60 bis 80 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen thematisieren, die aufgrund von Kriegen und Diktaturen während des 20. Jahrhunderts in Europa ihre Heimat verloren haben und Schreckliches an Leib und Seele erfuhren. Ungefähr 14 Millionen Deutsche mussten am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach ihre Heimat in den früheren preußischen Ostprovinzen und den Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa verlassen. Von dort wurden sie in der Folge der nationalsozialistischen Politik, ihrer Verbrechen und des von ihr begonnenen und grausam geführten Krieges vertrieben. In den westlichen Besatzungszonen und der jungen Bundesrepublik mussten sie ihre Existenz aus dem Nichts und manchmal ohne Solidarität der aufnehmenden Bevölkerung aufbauen; in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR wurde ihr Los tabuisiert. Die Stiftung wird die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Gesellschaften der beiden deutschen Teilstaaten bis 1990, ihre Aufbauleistungen und ihre Bereitschaft zur Versöhnung im Sinne des europäischen Gedankens würdigen.

Dieser Tragödie von Flucht und Vertreibung sowie der Erinnerung und dem Gedenken daran ist die Arbeit der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* gewidmet. Sie will dazu beitragen, Vertreibung als gewalttätiges politisches Instrument und als Unrecht zu jeder Zeit und an jedem Ort zu ächten. Ihr Leitmotiv ist die Überzeugung von der Unteilbarkeit der Menschenrechte.

Ihrem gesetzlichen Auftrag, „die Erinnerung an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten“, wird die Stiftung durch eine nationale und internationale Vernetzung ihrer Arbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, mit historischen Museen und Gedenkstätten, mit

Organisationen der Vertriebenen sowie weiteren Betroffenen und Zeitzeugen gerecht werden. Die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* wird ihre Arbeit im grenzüberschreitenden Austausch und Dialog gestalten und sich dabei an dem Satz des polnischen Publizisten Jan Józef Lipski orientieren: „Wir müssen uns alles sagen“. So kann, wie die Bundeskanzlerin in einer Rede am 18. September 2006 erklärt hat, jener Geist der Versöhnung wachsen, „ohne den ein angemessenes, ein würdiges Gedenken auch des erlittenen Leids von Flucht und Vertreibung nicht möglich ist und ohne den vor allem eine gemeinsame Zukunft in einem friedlichen Europa nicht möglich wäre.“

Die Deutschen sind sich der Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes bewusst – die Errichtung eines Systems von Konzentrations- und Vernichtungslagern, die Ermordung von sechs Millionen Juden, etwa einer halben Million Sinti und Roma und weiterer Opfergruppen sowie die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges in Europa. Mittel- und Osteuropa – insbesondere Polen und die ehemalige Sowjetunion – bildeten das geographische Zentrum der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik; hier waren die meisten Opfer und die schlimmsten Zerstörungen zu beklagen. Die Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten zu ihren östlichen Nachbarn blieben danach über Jahrzehnte auf das Schwerste belastet, im Westen verschärft durch die Situation des Kalten Krieges, im Osten überdeckt durch eine verordnete „sozialistische Völkerfreundschaft“.

Diesen dunkelsten Teil der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken, ist daher eine dauerhafte Aufgabe von gesamtstaatlicher und gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die im Jahr 2008 fortgeschriebene „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ trägt diesem Anliegen in besonderer Weise Rechnung und betont, dass die Grundlage jeglicher Erinnerung die Kenntnis der historischen Fakten und ihre wissenschaftliche Erforschung sind. Diesem Bekenntnis, das aufrechnenden Deutungsversuchen sowie jeder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen entgegensteht, sieht sich die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* verpflichtet.

Die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit im europäischen Rahmen und mit Respekt für die Perspektive der Anderen ist ein Beitrag zu Versöhnung und dauerhafter Freundschaft. Durch ihre Arbeit wird die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* an der Gestaltung einer friedlichen und gemeinsamen Zukunft in Europa mitwirken.

1. Stiftungsauftrag

Vertreibung erinnern – Vertreibung ächten – Versöhnung vertiefen

Die Menschen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat und vielfach auch ihr Leben verloren haben, rückten in den letzten Jahren wieder verstärkt in das öffentliche Bewusstsein. Flucht und Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen und der Verlust eines großen Teils des staatlichen Territoriums gehören zu den schwerwiegenden historischen Erfahrungen in der deutschen Geschichte. Diese historische Zäsur „muss im nationalen Gedächtnis einen zentralen Platz einnehmen“ (Karl Schlögel). 1945 gingen auch „seelische Landschaften“ (Horst Bienek) unter, ohne die das Bild Deutschlands viele Jahrhunderte hindurch ebenso unvollständig gewesen wäre wie ohne Schwaben oder Mecklenburg. Die historischen deutschen Ostprovinzen sind infolge der nationalsozialistischen Politik verloren. Doch nirgendwo stehe geschrieben, so Günter Grass, dass damit auch „die kulturelle Substanz dieser Provinzen und Städte in Vergessenheit geraten muss“. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung sowie das Kulturerbe der betroffenen Gebiete sind Teil der nationalen Identität und der gemeinsamen Erinnerungskultur Deutschlands.

Die Bundesregierung hat am 19. März 2008 die Grundkonzeption für ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin zum Thema Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert beschlossen. Die neue Einrichtung soll im Geist der Versöhnung und in der Kontinuität der Verständigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland dem Ziel dienen, an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern und Vertreibungen für immer zu ächten.

Auf Basis des Regierungsbeschlusses ist am 30. Dezember 2008 mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Deutsches Historisches Museum“ (DHM) eine unselbständige Stiftung unter dem Namen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Trägerschaft des DHM in Berlin errichtet worden. Neben der Konstituierung der Gremien 2009 und ihrer Erweiterung durch ein neues Gesetz am 19. Juni 2010 wurde ein Aufbauteam berufen. Nach der Sanierung des Deutschlandhauses nahe dem ehemaligen Anhalter Bahnhof in Berlin soll dort ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum entstehen.

Multiperspektivität als Beitrag zur europäischen Verständigung

„Die kooperative Aufarbeitung der Geschichte bleibt eine vielgestaltige Herausforderung“, heißt es im Bericht der Bundesregierung zur Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz vom Dezember 2009: „Wir Deutschen setzen uns ebenso wie unsere europäischen Nachbarn mit Nationalsozialismus und Totalitarismus, Zweitem Weltkrieg, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung auseinander. Dies geschieht zunehmend auch nationenübergreifend und entfaltet dadurch eine neue gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Relevanz“ im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses.

Die internationale und nationale Rezeption des Themas gehören daher zur Arbeit der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*. Durch das Prinzip der Multiperspektivität sollen Geschichtsbilder einer jeweils „anderen Seite“ vorgestellt werden. Die Darstellung unterschiedlicher Erfahrungshorizonte und Erklärungsmuster, die sowohl zwischen europäischen Staaten als auch innerhalb ihrer Gesellschaften existieren, ermöglicht dem Besucher, das Geschehen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und sich auf dieser Basis ein eigenes Urteil zu bilden. Darüber hinaus werden politische und gesellschaftlich-kulturelle Konfliktlösungsmodelle wie etwa ein konsequenter Minderheitenschutz aufgezeigt.

2. Thema: Zwangsmigration in der deutschen und europäischen Geschichte

Flucht und Vertreibung der Deutschen

Das in Deutschland üblich gewordene Begriffspaar „Flucht und Vertreibung“ steht für historisch sehr unterschiedliche Vorgänge: Die Deutschbalten und andere deutschsprachige Minderheiten wurden nach der diktierten „Umsiedlung“ infolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 größtenteils im annektierten und besetzten Polen angesiedelt und erst am Ende des Krieges zu Flüchtlingen; die Russlanddeutschen ließ Stalin als Antwort auf den Angriff Deutschlands 1941 überwiegend nach Zentralasien deportieren. Aus den Ostgebieten Deutschlands flohen 1944/45 Millionen Zivilisten aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien vor der Roten Armee. Hunderttausende Deutsche wurden ab Oktober 1944 aus der Slowakei, Kroatien oder dem nördlichen Siebenbürgen evakuiert. Zurückgebliebene wurden häufig zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert oder verloren in der Zeit zwischen Kriegsende und Potsdamer Konferenz durch „wilde Vertreibungen“ ihre Heimat. Von diesen war in der Tschechoslowakei und in den Gebieten, die Polen angegliedert wurden, etwa eine Million Menschen betroffen. Die „wilden Vertreibungen“ hatten keine vertragliche Grundlage und wirkten spontan, obwohl sie vielfach gesteuert waren und entweder von Armeeverbänden, neuen Polizeieinheiten oder revolutionären Milizen rücksichtslos durchgeführt wurden. Später erfolgte mit Zustimmung der Siegermächte die organisierte Zwangsaussiedlung der in der Heimat Verbliebenen überwiegend in Eisenbahntransporten.

Für die Sudetendeutschen, aber auch für die deutschen Minderheiten in Jugoslawien, Ungarn oder Rumänien hatte ihr Verhältnis zu den Staaten, in denen sie bis 1945 ihre Heimat hatten, erhebliche Auswirkungen auf ihre Lage ab 1945: Während die Deutschen aus den böhmischen Ländern oder die Donauschwaben aus Jugoslawien nahezu vollständig vertrieben wurden, verhielten sich Ungarn und Rumänen, die fast bis Kriegsende mit Deutschland verbündet waren, anders. So konnten die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in Rumänien zum überwiegenden Teil in ihrer Heimat verbleiben, wenn sie auch unter dem Kommunismus jahrzehntelang schweren Repressionen ausgesetzt waren, die viele zur Übersiedlung nach Deutschland bewogen. Dagegen wurden die Ungarndeutschen, unbeschadet der Tatsache, dass Ungarn mit der NS-Diktatur lange kollaboriert hatte, nach dem Zweiten Weltkrieg etwa zur Hälfte vertrieben. Ein besonders tragisches Kapitel waren die mit großer Brutalität geführten Internierungslager, die besonders auch im Fall der Donauschwaben in Jugoslawien ein erheblicher Teil der Betroffenen nicht überlebte.

Von Ostpreußen bis in das Banat wurden Millionen Menschen Opfer von Flucht und Vertreibung, eines bitteren Schicksals, von dem die Deutschen im Westen und in der Mitte des Landes, aber auch deutschsprachige Minderheiten in Westeuropa verschont blieben.

Kontext der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik

Flucht und Vertreibung der Deutschen stehen im Kontext der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen. Mit der Regierungsübernahme Adolf Hitlers und der NSDAP 1933 wurde eine auf politischen und rassistischen Kriterien basierende Volksgemeinschaftsideologie zur Staatsdoktrin erhoben, die in der Folge zunächst zur Ausgrenzung, Entrechtung und Vertreibung „rassisch“ definierter Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma sowie politisch Andersdenkender führte. Von den über 500.000 Juden, die Anfang 1933 in Deutschland lebten, sahen sich bis 1938 aufgrund ihrer Verfolgung und des schrittweisen Entzugs ihrer Lebensgrundlagen ca. 180.000 gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Bis zum Kriegsbeginn 1939 gelang noch weiteren 80.000 Juden die Flucht.

Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 und dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 folgten umfassende „Säuberungs-“, Vertreibungs- und Umsiedlungsmaßnahmen, die zu Unterdrückung, Vertreibung und Morden an polnischen Staatsbürgern führten. Das besetzte Polen wurde darüber hinaus zum zentralen Ort der nationalsozialistischen Verbrechen vornehmlich an den Juden sowie an den Sinti und Roma. Hauptmerkmale waren zunächst die Enteignung, Deportation und Ghettoisierung; an deren Ende stand die systematische Ermordung. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion, den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und der brutalen Behandlung von Kriegsgefangenen radikalisierte sich die nationalsozialistische Kriegsführung und Besatzungspolitik seit 1941. Ihr Endziel einer „Germanisierung“ und Versklavung des östlichen Europa wurde im „Generalplan Ost“ ausformuliert, der Vertreibungen von gigantischem Ausmaß vorsah. Der deutsche Vernichtungskrieg führte zu vielen Millionen Toten unter der mittel- und osteuropäischen Bevölkerung.

Europäische Dimension

In der Grundkonzeption der Bundesregierung von 2008 wird das Anliegen formuliert, „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den früheren Siedlungsgebieten ... eingebettet in den Kontext europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert“ darzustellen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, einen weiteren wesentlichen historischen Zusammenhang zu thematisieren: Großräumige Vertreibungen waren spätestens seit dem Vertrag von Lausanne 1923 eine politische Option. Mit Billigung der internationalen Staatengemeinschaft besiegelte der Vertrag einen von Gewalt begleiteten Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei, von dem annähernd zwei Millionen Menschen betroffen waren.

Bereits zuvor hatten im „langen 19. Jahrhundert“ auf dem Balkan „ethnische Säuberungen“ stattgefunden, von denen zumeist Muslime betroffen waren: Als Folge des serbischen Aufstands gegen die osmanische Herrschaft 1804, der griechischen Unabhängigkeitsbestrebungen seit 1821 oder der Balkankriege 1912/13 wurden Millionen Muslime vertrieben. Den Ersten Weltkrieg hat der Historiker Michael Schwartz als „die Urkatastrophe der Radikalisierung und Ausbreitung ethnischer ‚Säuberungen‘ in weiten Teilen Europas“ bezeichnet. Hierzu gehört auch die von der internationalen Forschung überwiegend als Genozid bewertete „Katastrophe“ der Armenier 1915/16, die als Vertreibung begann.

Diese historischen Kontexte, zu denen auch Herrschaftspraktiken der europäischen Mächte in ihren Kolonien gehören, sind für das Verständnis des Themas Zwangsmigration unverzichtbar. Neben Ursachen, Verlauf und Folgen von Flucht und Vertreibung der Deutschen, die einen Hauptakzent der Stiftungsarbeit bilden, wird die Ausstellung die europäische Dimension des Themas aufgreifen. Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts betrafen bis zu 80 Millionen Menschen – vor allem in der Mitte, im Osten und im Südosten des Kontinents. Menschen verloren ihre Heimat und oft ihr Leben, weil sie einer bestimmten ethnischen Gruppe angehörten, ihr zugerechnet wurden oder als politische Gegner galten.

Die Ausstellung wird einen allgemeinen Überblick über mehr als dreißig vertriebene ethnische Gruppen in Europa vermitteln und einige dieser Zwangsmigrationen vertiefend dokumentieren. Sie wird nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch die teilweise zentralen Unterschiede zwischen einzelnen Vertreibungsvorgängen zeigen. Dabei dient der wissenschaftliche Vergleich der Vertiefung von Erkenntnissen, um falschen Gleichsetzungen den Boden zu entziehen. Neben dem griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausch“ der frühen 1920er Jahre und der Vertreibung von mehr als 1,6 Millionen Polen aus und innerhalb der vom nationalsozialistischen

Deutschland annektierten und besetzten Gebieten West- und Zentralpolens sollen die „ethnischen Säuberungen“ im zerfallenden Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren behandelt werden. Letztere demonstrierten nicht nur die anhaltende Aktualität des Themas, sondern führten auch in Deutschland zu einer neuen Sensibilisierung.

Ethnopolitisch motivierte Vertreibungen und Genozide

Gegenstand der Stiftungsarbeit sind Flucht und Vertreibung der Deutschen und andere ethnopolitisch motivierte Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts, für die sich seit einigen Jahren der Euphemismus „ethnische Säuberungen“ eingebürgert hat. Im Unterschied zu politisch oder religiös motivierten Säuberungen steht bei „ethnischen Säuberungen“ die andersartige Ethnizität der Betroffenen im Vordergrund. Zu den zentralen Elementen „ethnischer Säuberungen“ gehören der Krieg als Katalysator, der gezielte Einsatz von Gewalt, nicht zuletzt von Massenvergewaltigungen, mit denen Fluchtbewegungen ausgelöst und Vertreibungen durchgeführt werden, sowie die Tilgung kultureller Spuren.

Zwischen „ethnischer Säuberung“ und Völkermord gibt es einen wesentlichen Unterschied, den die Arbeit der Stiftung berücksichtigt: „Ethnischer Säuberung“ liegt die Absicht zugrunde, eine Bevölkerungsgruppe von einem bestimmten Gebiet zu entfernen. Beim Genozid besteht dagegen die Absicht der Täter nicht nur in der Entfernung, sondern auch in der Ermordung möglichst aller Angehörigen einer Gruppe. Zahlreiche „ethnische Säuberungen“ in der Geschichte zeigten allerdings genozidale Wirkungen, auch wenn ihnen keine genozidale Absicht zugrunde lag. Das bedeutete, dass sie zumindest Todesopfer als massenhafte Begleiterscheinung in Kauf nahmen.

Die klare analytische Trennung von „ethnischer Säuberung“ und Genozid, von Vertreibung und Vernichtung, ist für das geplante Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum wesentlich.

3. Standort, Bildungsauftrag und Zielgruppen

Standort des geplanten Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums wird das Deutschlandhaus in Berlin. Berlin ist aufgrund seiner geographischen Lage, historischen Bezüge und zahlreichen Gedenkstätten ein besonders geeigneter Ort, um die Themenfelder der Stiftung zu behandeln. Vom Anhalter Bahnhof, der dem Deutschlandhaus gegenüberliegt, begannen ab 1942 zahlreiche Deportationen jüdischer Berliner nach Theresienstadt; die Zentralen von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt (heute „Topographie des Terrors“) befanden sich in direkter Nachbarschaft. Das Deutschlandhaus selbst wurde ab 1960 für mehrere Jahrzehnte zu einem Begegnungsforum für die in den Landsmannschaften organisierten Vertriebenen sowie den Bund der Vertriebenen im Westen Berlins. Die Geschichte des Hauses wird in der Ausstellung auch dazu dienen, die Integration der Vertriebenen darzustellen.

Die Stiftung richtet sich an ein breites Publikum. Sie will Kenntnisse über Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie über weitere Zwangsmigrationen vornehmlich in Europa im 20. Jahrhundert vermitteln. Als Zielgruppen kommen neben den unmittelbar Betroffenen und ihren Nachfahren sämtliche in- und ausländische Berlin-Besucher in Betracht. In den Herkunftsländern vieler Besucher ist das Thema Zwangsmigration häufig ebenfalls von großer Bedeutung. Neben der durchgängigen Mehrsprachigkeit bietet die Dauerausstellung weitere Angebote (Audio-Guide etc.) für ausländische Besucher gerade aus dem mittel- und osteuropäischen Raum.

Aufgrund der historischen wie aktuellen Bedeutung des Themas Zwangsmigration hat die Stiftung einen wichtigen Bildungsauftrag. Das Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum soll Schüler, Lehrer und Studenten direkt ansprechen und mit Fortbildungen, Seminaren und Workshops Angebote in der Erwachsenenbildung bereithalten. Dabei kommen insbesondere Schulklassen in Betracht, in deren Familien sich vielfach Erfahrungen mit (Zwangs-)Migration und Integration in einem neuen Lebensumfeld finden.

Die Dauerausstellung der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* wird durch regelmäßige Wechsausstellungen ergänzt. Diese können aktuelle Entwicklungen behandeln, aber auch einzelne historische Aspekte vertiefen. In Kooperation mit den bestehenden Regionalmuseen, die auf der Grundlage des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes, des sogenannten „Kulturparagraphen“, gefördert werden, wird die Geschichte der Deutschen im Osten und ihr Zusammenleben mit

den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa in den Themenkreis der Wechselausstellungen einbezogen.

Es wird ein Lern- und Informationszentrum geschaffen, das den jeweiligen Wissensstand seiner Besucher berücksichtigt und nach modernen museumspädagogischen Konzepten Ursachen, Ablauf und Folgen von Zwangsmigrationen präsentiert und vermittelt. Dabei wird auch individuellem Gedenken angemessen und würdevoll Raum gegeben. Ziel ist es, einen dem dialogischen Prinzip verpflichteten „Ort lebendigen Gedächtnisses“ zu schaffen, der mahnt, aufklärt und zur Verständigung beiträgt.

4. Dokumentations- und Informationszentrum

Eine der Säulen der Stiftungsarbeit bildet das Dokumentations- und Informationszentrum. Hier besteht die Möglichkeit zur vertiefenden und weiterführenden Auseinandersetzung mit dem Thema.

Im Dokumentations- und Informationszentrum wird es eine öffentlich zugängliche Präsenzbibliothek geben. Sie wird in Kooperation mit der für die ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete einschlägigen Martin-Opitz-Bibliothek in Herne ein eigenständiges Profil entwickeln und deutsche wie fremdsprachige Literatur zum Thema Zwangsmigration sammeln. Die seit 1999 in ein Depot des Deutschen Historischen Museums ausgelagerte Spezialbibliothek des Deutschlandhauses wird in das Dokumentations- und Informationszentrum der Stiftung aufgenommen.

Zu den Aufgaben des Dokumentations- und Informationszentrums gehört die Sammlung, Erstellung und wissenschaftliche Auswertung einschlägiger Materialien, einschließlich schriftlicher und audiovisueller Zeitzeugenberichte aus dem In- und Ausland. Dabei geht es sowohl um die Erfassung und Präsentation vorhandener Berichte als auch um eigene Zeitzeugenprojekte, die speziell auf Fragen der Dauerausstellung und des Stiftungsauftrags zugeschnitten sind. Ziel ist der Aufbau eines digitalen Zeitzeugenarchivs.

Das Dokumentations- und Informationszentrum strebt eine enge Zusammenarbeit mit dem Bayreuther Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv an, welches über einzigartige Materialien verfügt. Neben den Findmitteln sollen auch ausgewählte Quellen aus den dortigen Beständen den Besuchern des Deutschlandhauses in digitalisierter Form zugänglich gemacht werden: Zeitzeugenberichte über Flucht und Vertreibung sowie so genannte Gemeindeseelenlisten aus dem Bestand „Ost-Dokumentation“, Schriftgut aus dem Lastenausgleich (Feststellungsakten, Unterlagen der Heimatauskunftsstellen), Karteikarten und sonstige Materialien (z. B. Korrespondenzen) des Kirchlichen Suchdienstes. Dies gilt auch für einen Bestand von ca. 200.000 historischen Fotografien zu Städten, Gemeinden und Personen in den ehemaligen Ost- und Siedlungsgebieten, die sich in den Bayreuther Akten befinden. Die Besucher können so – im Rahmen der archivgesetzlichen Bestimmungen – recherchieren, welche Informationen zu einem bestimmten Herkunftsort, einer bestimmten Person oder einem bestimmten Ereignis im Lastenausgleichsarchiv vorliegen. An die Digitalisierung vertriebenengeschichtlicher Bestände aus früheren DDR-Archiven ist ebenfalls gedacht.

Darüber hinaus strebt die Stiftung eine enge internationale Kooperation mit Museen, Forschungseinrichtungen und -netzwerken sowie Universitäten an. Ein erster Schritt in diese Richtung war das gemeinsam mit der International Association of Museums of History und dem Deutschen Historischen Museum veranstaltete internationale Symposium „Flucht, Vertreibung, ‚ethnische Säuberung‘, eine Herausforderung für Museums- und Ausstellungsarbeit weltweit“ im September 2010.

Zu den Aufgaben des Dokumentations- und Informationszentrums zählen die Vermittlung von Forschungsergebnissen durch eigene Publikationen sowie die Durchführung verschiedenartiger Veranstaltungen. Dazu gehören Zeitzeugengespräche, Flucht und Vertreibung als Thema in Literatur und Film, Diskussionsveranstaltungen sowie wissenschaftliche Tagungen mit nationalen und internationalen Partnern.

5. Dauerausstellung

Zu vielen Aspekten des Themenfeldes Flucht, Vertreibung und Versöhnung gibt es unterschiedliche und vielfach auch subjektive Perspektiven und Sichtweisen. Die Ausstellung möchte deshalb nicht nur ein Ort der Präsentation, sondern auch ein Ort der Reflexion und der Diskussion sein. Wo unterschiedliche Positionen vorhanden sind, wird sie diese explizit benennen. Die Stiftung sieht sich dabei der wissenschaftlich-historischen Genauigkeit verpflichtet und berücksichtigt den neuesten Stand der Forschung. Nachprüfbarkeit und Transparenz sind ebenso Prinzipien der Arbeit wie die museumspädagogische Aufbereitung und Darstellung.

Die Ausstellung möchte ihre Themen auf eine Art und Weise vermitteln, die dem Besucher nicht nur neue Kenntnisse und Einsichten darbietet, sondern Geschichte erfahr- und nachvollziehbar macht. Hierzu gehören eine anregende Präsentation der Exponate, eine zurückhaltende Inszenierung und ein breites interaktives Angebot.

Sie vertraut auf die Kraft authentischer Exponate, um beim Besucher ebenso Neugierde wie Anteilnahme auszulösen. Dazu sollen die für kulturhistorische Ausstellungen üblichen Objektgattungen wie dreidimensionale Exponate, Plakate und andere Druckerzeugnisse, Dokumente, Fotografien, audiovisuelle Zeugnisse sowie im Einzelfall künstlerische Bearbeitungen des Themas herangezogen werden. Gleichzeitig plant sie einen intensiven Medieneinsatz, um dem Besucher komplexe Vorgänge wie Flucht- und Vertreibungsbewegungen oder Grenzverschiebungen anschaulich vor Augen führen zu können.

Gliederung

Die Ausstellung gliedert sich in einen Prolog, einen anschließenden Orientierungsraum und einen chronologisch angelegten Rundgang, der mit Fallstudien und Erlebnisberichten angereichert wird.

Prolog

Der Prolog soll den Besucher zu Beginn der Ausstellung auf das Thema Flucht, Vertreibung und Heimatverlust durch Erlebnis schilderungen einstimmen, die aus der Sicht der Betroffenen die häufig dramatischen Ereignisse wiedergeben. Die Besu-

cher sollen nachvollziehen können, was es für den Einzelnen bedeutet, sein Zuhause gewaltsam zu verlieren und sich in einer fremden Umgebung neu zurechtfinden zu müssen. Die ausgewählten Beispiele sollen Vertreibungsvorgänge aus dem gesamten 20. Jahrhundert dokumentieren.

Geographischer Überblick

Nach der atmosphärischen Einführung erhält der Besucher im ersten Raum einen inhaltlichen und geographischen Überblick über das Thema. In einer auf Vollständigkeit abzielenden Weise sollen die Vertreibungsvorgänge des 20. Jahrhunderts und das sukzessive Verschwinden von ethnischen Minderheiten dargestellt werden. Die Umsetzung könnte über eine interaktive Projektion erfolgen, die die ethnische Homogenisierung Europas im Zeitraffer zeigt, dem Besucher aber auch die Möglichkeit bietet, sich individuell über jede einzelne ethnische Gruppe zu informieren.

Daneben soll eine begehbare Landkarte die historischen Landschaften Mittel- und Osteuropas, in denen früher Jahrhunderte lang Deutsche zuhause waren, abbilden und sie damit in die räumliche Vorstellungskraft zurückholen. Durch seine Bewegung im Raum erhält der Besucher bei jeder von ihm „besuchten“ Region deren Geschichte, Kultur und ethnische Zusammensetzung in Form von eingespielten zusätzlichen Bild- und Textinformationen erläutert.

Chronologisch angelegter Rundgang

Der chronologisch angelegte Rundgang bildet das Rückgrat der Ausstellung. Er folgt den für den Themenkomplex Zwangsmigration im 20. Jahrhundert zentralen historischen Ereignissen, behandelt die ideologischen Triebfedern politischer Entscheidungen und zeichnet die daraus resultierenden Folgen für die europäischen Völker nach. Zwangsmigration im 20. Jahrhundert wird dabei vorrangig im Hinblick auf die deutsche Geschichte und ihre internationalen Bezüge behandelt.

Für den chronologischen Rundgang bietet sich folgende Gliederung an:

- 1) Das Ende des Ersten Weltkriegs und das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- 2) Mehr- und Minderheiten in der Zwischenkriegszeit
- 3) „Volksgemeinschaft“ und „Lebensraum“: Zentrale Bestandteile der NS-Ideologie

- 4) Der Zweite Weltkrieg:
 - Krieg und Völkermord
 - Flucht der deutschen Zivilbevölkerung
- 5) Die Vertreibung der Deutschen und die Nachkriegsordnung Europas
- 6) Ankunft und Integration der deutschen Vertriebenen
- 7) Nach 1989: Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur?

Die Kapitel vier, fünf und sechs bilden den Schwerpunkt der Ausstellung.

Fallstudien

Einen weiteren Zugang zum Thema bilden Fallstudien zu einzelnen Regionen und Orten, die in den chronologischen Rundgang eingebettet werden. Am konkreten Beispiel können die Probleme, Konflikte oder auch Radikalisierungsphänomene der jeweiligen Zeit in ihrer Komplexität vorgestellt werden. Die Fallstudien werden gleichzeitig geographisch so ausgewählt, dass ein Kaleidoskop der historischen Landschaften Mittel- und Osteuropas entsteht.

Die Fallstudien können Konfliktfelder der politisch-historischen Auseinandersetzung aufgreifen wie etwa den Streit um die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens nach 1918 oder die bis heute kontrovers diskutierten Ereignisse in Bromberg im September 1939. Sie können aber auch bislang wenig bekannte Phänomene vorstellen, beispielsweise die Rolle der 1953 gegründeten Planstadt Stalinstadt (ab 1961: Eisenhüttenstadt) als Anlaufstation für Vertriebene aus unterschiedlichen Gegenden der DDR, die hier die Chance eines Neubeginns suchten. Die Diskussionen um ein Denkmal zur Erinnerung an ein Vertriebungsverbrechen im tschechischen Postelberg, wo 1945 ein Massenmord an Deutschen verübt wurde, zeigen als weiteres mögliches Fallbeispiel, wie sich nach 1989 sukzessive einst verhärtete Positionen annäherten.

Als Fallstudie im vierten Kapitel bietet sich die polnische Stadt Lodz während der Jahre 1940 bis 1944 an. Nach der Annexion durch das „Dritte Reich“ war „Litzmannstadt“ die zentrale Durchgangsstation für ausgesiedelte „Volksdeutsche“ aus Bessarabien, der Bukowina und dem Baltikum. Der dort ansässigen „Einwanderer-Zentralstelle“ oblag die „rassische“ bzw. „erbbiologische“ Eignungsprüfung, die Einbürgerung und die Zuweisung des künftigen Ansiedlungsortes der „volksdeutschen“ Familien. In Lodz entstanden dazu Umsiedlerlager, in denen allein im März 1941 34.000 „Volksdeutsche“ auf einen Bescheid für ihre Ansiedlung warteten. Voraussetzung ihrer Ansiedlung war die vorangegangene Vertreibung von Teilen der polnischen Zivilbevölkerung, die von der ebenfalls seit April 1940 in Lodz ansässigen

„Umwandererzentralstelle“ durchgeführt wurden. Parallel dazu wurde in Lodz das einzige „reichsdeutsche“ Großghetto errichtet, in dem nicht nur die Lodzer Juden ghettoisiert wurden, sondern das ab Oktober 1941 auch das Ziel von Massendeporationen der jüdischen Bevölkerung aus den Großstädten Wien, Prag, Frankfurt am Main, Berlin und Hamburg war. Das Lodzer Ghetto diente der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik nicht nur als Arbeitsghetto für Juden sowie Sinti und Roma, sondern auch als Zwischenstation für Transporte in die Vernichtungslager. Diese in Lodz fast gleichzeitig stattfindenden Prozesse können den Zusammenhang von NS-Ideologie, militärischer Aggression, bevölkerungspolitischen Maßnahmen und Vernichtung verdeutlichen.

Ziel der Fallstudien ist es jeweils, nicht nur das Ereignis selbst, sondern auch seine historischen Hintergründe zu schildern und gegebenenfalls seine spätere Deutung mit einzubeziehen. Im Laufe der Arbeit an der Dauerausstellung werden sich noch zahlreiche für Fallstudien geeignete Orte oder Ereignisse ergeben. Um das Prinzip zu verdeutlichen, werden bei der Ausführung des chronologischen Rundgangs einige weitere mögliche Beispiele in stichpunktartiger Form aufgeführt.

Perspektive der Betroffenen als Erzählmittel der Ausstellung

Eine dritte Herangehensweise bildet die Ebene der persönlichen Erlebnisse und ihrer späteren Verarbeitung, die eine wichtige Rolle innerhalb der Ausstellung spielen soll. Hier wird vor allem die Perspektive der Opfer Berücksichtigung finden. Die dramatischen Begleitumstände von Flucht und Vertreibung führen bei den unmittelbar Betroffenen noch Jahrzehnte später zu schwer zu überwindenden Traumata. Erfahrungen von Gewalt, Trennung, Verlust und Wurzellosigkeit haben aber auch die nachfolgende Generation stark geprägt. In ihrer Funktion als Dokumentations- und Informationszentrum bemüht sich die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*, möglichst viele Zeitzeugenberichte zu sammeln. Ausgewählte Beispiele sollen in der Ausstellung auch in audiovisueller Form zugänglich gemacht werden.

Der chronologische Rundgang

1) DAS ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGS UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER

Am Ausgang des Ersten Weltkrieges, der als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) und als Katalysator für „ethnische Säuberungen“ gilt, wird die politische Landkarte Europas völlig neu geordnet. Die Pariser Vorortverträge von Versailles, St. Germain, Neuilly, Trianon und Sèvres und der Zerfall des Zarenreichs in den russischen Revolutionswirren setzen einen Schlusspunkt unter das Zeitalter der alten Vielvölkerreiche. Neue Staaten entstehen, andere erlangen ihre staatliche Souveränität zurück oder erhalten beträchtlichen Zuwachs an Land und Bevölkerung.

Das am Ende des Weltkrieges proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker wird dabei nur teilweise angewandt und gerät zuweilen gar zur Farce. Gewährt man einigen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung, wird es anderen verweigert. Millionen Europäer finden sich fortan in Staatsgebilden wieder, in denen sie sich nur schwer zuhause fühlen. Eine Million Deutsche entschließt sich aufgrund von Verdrängung und Repressionen, aus den abgetretenen Gebieten in das Deutsche Reich umzusiedeln.

Wie in Deutschland gibt es auch in anderen Ländern Revisionsbestrebungen, die teilweise in neue Kriege oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen münden. Aktiver Minderheitenschutz, Volksabstimmungen und Mandatsgebiete unter internationaler Verwaltung – die Instrumente der friedlichen Konfliktregelung, die der neu gegründete Völkerbund zu etablieren hofft, haben dagegen einen schweren Stand. Mit dem Vertrag von Lausanne, der auf Initiative des Völkerbundes 1923 den griechisch-türkischen Krieg beendet, wird der „Bevölkerungsaustausch“ zwischen in Griechenland lebenden Muslimen und in der Türkei lebenden Griechisch-Orthodoxen beschlossen und damit das Prinzip ethnischer Entflechtung als Mittel internationaler Politik legitimiert.

Themen:

- Zwangsmigrationen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges
- Die Friedensschlüsse am Ende des Ersten Weltkrieges
- Der Untergang der alten Vielvölkerreiche und die neue politische Landkarte
- Der Völkerbund und das Problem ethnischer Minderheiten
- Revisionsbestrebungen in Deutschland und Ungarn

Mögliche Fallstudien:

- Der deutsch-polnische Konflikt um Oberschlesien 1919–1922
- Der Kampf um Wilna zwischen Polen und Litauen nach 1918
- Die „kleinasiatische Katastrophe“: Der griechisch-türkische „Bevölkerungsaustausch“

2) MEHR- UND MINDERHEITEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Nach dem Blick auf die zwischenstaatlichen Konflikte im vorangegangenen Kapitel steht in diesem Abschnitt das konkrete Zusammenleben zwischen Mehr- und Minderheiten in den sich neu formierenden Staaten im Mittelpunkt.

So stehen beispielsweise diejenigen Deutschen, die sich nicht zur Abwanderung in das Deutsche Reich entschließen, vor der Frage, ob und wie sie sich in die neuen Staaten integrieren. Das Spektrum reicht dabei von loyaler Mitarbeit bis zu offener Ablehnung, wobei ihr Verhalten auch davon abhängt, in welchem Maße ihnen die neuen Staaten Minderheitenrechte zubilligen. Die politisch noch ungefestigten Nationalstaaten begegnen ethnischen Minderheiten häufig mit Misstrauen oder intensivieren sogar ihre Verdrängungs- und Nationalisierungstendenzen. Wie schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg verbinden sich dabei ethnische Konflikte mit religiösen und sozialen Fragen und werden durch diese verstärkt.

Für die deutschen Minderheiten verschiebt sich in vielen Fällen das politische Koordinatensystem. Aus Altösterreichern in Böhmen und Mähren werden „Grenz- und Auslandsdeutsche“, die politische Unterstützung bald nicht mehr in Wien, sondern in Berlin suchen. Auch neue kollektive Identitäten entstehen. So bildet sich unter der deutschen Minderheit der Tschechoslowakei erst in dieser Zeit endgültig ein gemeinsames Selbstverständnis als „Sudetendeutsche“ heraus. Von Minderheitenkonflikten sind in dieser Zeit aber nicht nur Deutsche betroffen, sondern auch viele andere europäische Nationalitäten.

Die deutsche Politik benutzt die Minderheitenfrage, um die Beschlüsse von Versailles anzufechten und eine Revision der Ostgrenzen zu erreichen: vor 1933 auf diplomatischem Weg, danach mehr und mehr unter Androhung und schließlich Anwendung militärischer Gewalt.

Themen:

- Minderheitenpolitik der europäischen Staaten
- Kulturelle und politische Organisationen der deutschen Minderheiten

- Entstehung neuer Loyalitäten und Selbstbilder bei den „Grenz- und Auslandsdeutschen“
- Die deutschen Minderheiten als Spielball der deutschen Außenpolitik
- Politik und Gesellschaft in den preußischen Ostprovinzen

Mögliche Fallstudien:

- Die Politisierung der Sudetenfrage
- Die Rumänisierung der Bukowina
- Die Auslandsungarn

3) „VOLKSGEMEINSCHAFT“ UND „LEBENSRAUM“: ZENTRALE BESTANDTEILE DER NS-IDEOLOGIE

Nach innen und außen gerichtete Überlegenheits- und Vernichtungsphantasien der Nationalsozialisten bilden eine zentrale Triebkraft für Aufrüstung, Krieg, Rassenpolitik, Bevölkerungsverschiebung und Massenmord. Das Kapitel verfolgt die Genese der völkisch-rassistischen Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie und deren Überführung in konkrete Maßnahmen bis in das Jahr 1938.

Die Regierungsübernahme der NSDAP 1933, mit der eine insbesondere auf Rassismus basierende Volksgemeinschaftsideologie zur Staatsdoktrin erhoben wird, markiert eine entscheidende Zäsur. Sie führt in der Folge zunächst zur Ausgrenzung, Entrechtung und Vertreibung von Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma sowie politisch missliebiger Gruppen.

Die von den Nationalsozialisten geplante Neuordnung Europas geht weit über eine Revision der Beschlüsse der Versailler Friedenskonferenz hinaus. Zur Legitimierung ihrer Ziele bedienen sie sich dabei auch der Ergebnisse der „Ostforschung“. Bereits während der Weimarer Republik hatten deutsche Wissenschaftler ein ideologisches Konstrukt verfestigt, nach dem weite Teile des östlichen Europa als „deutscher Volks- und Kulturboden“ anzusehen seien und der slawischen Bevölkerungsmehrheit eine gleichrangige Zivilisation abzusprechen sei.

Für Adolf Hitler sind die Deutschen ein „Volk ohne Raum“ (Hans Grimm), welches durch biologische Expansion „Lebensraum im Osten“ gewinnen müsse. Seine früh geäußerte Überzeugung, dass „Germanisation nur am Boden vorgenommen werden kann und niemals an Menschen“, zieht in ihrer Konsequenz einen „Raum ohne Volk“ für das „Volk ohne Raum“ nach sich.

Themen:

- Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik NS-Deutschlands nach 1933
- Traditionen der „Ostforschung“
- „Lebensraum“-Ideologie

Mögliche Fallstudien:

- Germanisierungspolitik in Masuren ab 1933
- Flatow: Das Ende einer deutsch-jüdischen Gemeinde in der Grenzmark Posen-Westpreußen

4) DER ZWEITE WELTKRIEG:

- KRIEG UND VÖLKERMORD

Das Jahr 1938 stellt in mehrfacher Hinsicht eine Wende dar: Das Münchener Abkommen sanktioniert den nationalsozialistischen „Anschluss“ des Sudetenlandes, später folgt die Besetzung der sogenannten „Resttschechei“, und im Kontext des Novemberpogroms 1938 werden 17.000 Juden mit polnischem Pass aus Deutschland vertrieben.

Diesem „Auftakt zur Vernichtung“ (Jerzy Tomaszewski) folgen nach dem deutschen Angriff auf Polen umfassende Vertreibungs- und Umsiedlungsmaßnahmen, die in den folgenden sechs Jahren der deutschen Besatzung zur Ermordung von bis zu sechs Millionen polnischen Staatsbürgern führen. Mit dem Beginn des rassenideologischen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 radikalisiert sich die nationalsozialistische Kriegsführung und Besatzungspolitik weiter. Ihr Endziel einer „Germanisierung“ und Versklavung des östlichen Europa wird im „Generalplan Ost“ ausformuliert. Das Massensterben von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen wird willentlich in Kauf genommen. Den Exzessen im Zuge der Partisanenbekämpfung, einer auf Entrechtung und rücksichtslose Ausbeutung zielenden Besatzungspolitik und später der „Politik der verbrannten Erde“ fallen Millionen sowjetische Zivilisten zum Opfer.

Das besetzte Polen wird zum zentralen Ort des nationalsozialistischen Völkermordes. Enteignung, Deportation und Ghettoisierung gipfeln in der systematischen Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden (davon allein rund drei Millionen polnische Staatsbürger) sowie einer halben Million Sinti und Roma. Auschwitz versinnbildlicht den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch.

Während es in der Folge des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 noch zu vertraglich geregelten Umsiedlungsaktionen kommt, von denen neben Deutschbalten auch Deutsche aus Wolhynien, der Dobrudscha, der Bukowina und Bessarabien betroffen sind, werden nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 mehrere Ethnien von Stalin kollektiv mit Deportation nach Zentralasien bestraft, unter ihnen Deutsche aus dem Wolga- und Schwarzmeergebiet, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren.

- FLUCHT DER DEUTSCHEN ZIVILBEVÖLKERUNG

Nach dem Zusammenbruch der deutschen Front steht die sowjetische Armee im Sommer 1944 an der deutschen Grenze. Bekannt werdende Gräueltaten der Roten Armee lösen Panik aus. Millionen Deutsche verlassen ihre Heimat, viele von ihnen sterben nach Gewalttaten sowjetischer Truppen, durch Kriegseinwirkungen, an den Strapazen der Flucht während des extrem kalten Winters 1944/45 oder begehen Selbstmord aus Furcht, der Roten Armee in die Hände zu fallen. Frauen und Mädchen werden massenhaft vergewaltigt.

Die konkrete Fluchtsituation sieht von Region zu Region anders aus. Als die Rote Armee Mitte Oktober 1944 in Ostpreußen erstmals Reichsgebiet erreicht und nach der Rückeroberung des Ortes Nemmersdorf durch die Wehrmacht ein Massaker an der dortigen Zivilbevölkerung entdeckt wird, missbraucht die NS-Führung diesen Schock für unverantwortliche Durchhalteparolen, statt sich um die Evakuierung zu kümmern. Die Soldaten der sowjetischen Armee, die seit zwei Jahren Dorf um Dorf und Stadt um Stadt ihres völlig verwüsteten Landes zurückerobert haben, werden zudem von ihrer Führung zu Racheaktionen aufgerufen.

Wochenlang bildet der Weg über das vereiste Frische Haff auf die Frische Nehrung die einzig verbliebene Verbindung nach Westen. Bis zu zwei Millionen Flüchtlingen werden durch „Rettung über See“ von der Marine nach Häfen im Westen gebracht, allerdings sterben dabei auch Zehntausende, etwa an Bord der „Goya“ oder „Gustloff“ nach dem Untergang ihrer torpedierten Schiffe. Bei der Flucht aus Hinterpommern werden vor allem die langsamen „Bauerntrecks“ von der Roten Armee überrollt. Ostbrandenburg verzeichnet wegen meist viel zu später Flucht prozentual die höchsten Verluste aller ostdeutschen Regionen. Andere Bedingungen herrschen bei der Flucht aus Schlesien, aber auch hier gibt es etwa aufgrund der verspäteten Evakuierung aus der Festung Breslau im Winter 1945 hohe Verluste. Regional ebenso unterschiedlich wie in den preußischen Ostprovinzen verläuft die Flucht der Zivilbevölkerung aus deutschen Siedlungsgebieten im Südosten Europas.

Themen:

- Das Münchener Abkommen
- Danzig, der „Korridor“ und der deutsche Überfall auf Polen
- Annexions- und Besatzungspolitik des Deutschen Reiches
- „Volksdeutsche“ Umsiedlungen und NS-Bevölkerungspolitik
- Deutsche Minderheiten und NS-Kriegsführung
- „Generalplan Ost“
- Deportation, Ghettoisierung, Holocaust
- Räumung der Konzentrations- und Vernichtungslager und Todesmärsche
- Der Hitler-Stalin-Pakt und die sowjetische Vertreibungspolitik
- Das System der Trudarmija (Arbeitsarmee) für die deportierten Russlanddeutschen
- Flucht der Deutschen aus den östlichen Reichsgebieten
- Flucht der Deutschen aus den Siedlungsgebieten im Südosten Europas
- Vergewaltigung als Massenphänomen

Mögliche Fallstudien:

- Bromberg im September 1939
- Lodz: Zentrum der Umsiedlungs- und Ghettoisierungspolitik
- „Aktion Zamość“ und die NS-Vertreibungspolitik
- Flucht über das Frische Haff in Ostpreußen

5) DIE VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN UND DIE NACHKRIEGSORDNUNG EUROPAS

Mit der Kriegswende in Stalingrad Anfang 1943 werden von alliierter Seite die Planungen für ein Nachkriegseuropa konkretisiert. Den Auftakt bildet die Konferenz von Teheran Ende 1943, gefolgt von den Treffen der alliierten Kriegsparteien in Jalta und nach Kriegsende in Potsdam.

Bei der territorialen Neuordnung Mittel- und Osteuropas und der damit verbundenen Westverschiebung Polens wird nach den Erfahrungen mit dem deutschen Besatzungs- und Vernichtungsregime anders als nach dem Ersten Weltkrieg eine rigorose Vertreibungspolitik international akzeptiert und sanktioniert. Insbesondere in Polen und der Tschechoslowakei befürchtet man von einer starken deutschen Minderheit eine Bedrohung der staatlichen Souveränität. Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz werden durch eine Politik ethnischer Entflechtung und die Schaffung ethnisch homogener Nationalstaaten ersetzt. Dabei nehmen die Alliierten Vertreibungen, insbesondere von Millionen Deutschen aus Mittel- und Osteuropa,

bewusst in Kauf. Sie werden im Protokoll der Potsdamer Konferenz als „Transfers“ bezeichnet, die in „geordneter und humaner Weise“ durchgeführt werden sollen.

Regional verlaufen die Vertreibungsprozesse höchst unterschiedlich, doch sind sie fast immer dramatisch und inhuman. Die Durchführung der Maßnahmen beginnt mit anfänglichen „wilden Vertreibungen“, die noch im Vorfeld der Potsdamer Konferenz Fakten schaffen sollen, gefolgt von organisierten Vertreibungen auf der Grundlage der Konferenzbeschlüsse. Dabei kommt es zu Gewaltexzessen sowie Zwangsdeportationen und der Errichtung von Internierungs- und Arbeitslagern in Mittel- und Osteuropa sowie der Sowjetunion.

Die neuen Grenzen in Nachkriegseuropa entstehen unter maßgeblicher Mitwirkung Stalins, der den sowjetischen Hegemonialbereich bis zur Elbe ausdehnt. Die Vertreibung der Deutschen dient dabei auch der Etablierung kommunistischer Regierungen. Die Völker Mittel- und Osteuropas erfahren den stalinistischen Terror. Die Unterdrückung politischer Freiheit dauert aber bis 1989 an.

Themen:

- Die alliierten Planungen für Nachkriegseuropa
- Vertreibungsvorgänge und Verbrechen
- Zwangsdeportationen und Arbeitslager
- Stalinistische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa

Mögliche Fallstudien:

- Postelberg: Gewaltverbrechen an der sudetendeutschen Zivilbevölkerung
- Das Lager Lamsdorf in Schlesien
- Zwangsdeportationen in die UdSSR aus Siebenbürgen oder dem Banat
- Die ostpreußischen „Wolfskinder“ in Litauen
- Breslau und Lemberg 1945: Heimatverlust und Bevölkerungsaustausch in zwei europäischen Metropolen
- Rijeka/Fiume: Der „Exodus“ von Italienern aus Istrien

6) ANKUNFT UND INTEGRATION DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN

Als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der alliierten Entscheidungen über eine Nachkriegsordnung verlieren Millionen Europäer ihre Heimat: Deutsche, Polen, Ukrainer, Ungarn, Finnen und viele andere. Bis zum Abschluss der Zwangsaussiedlungen müssen bis zu 14 Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene ihre Heimat verlassen. In den vier Besatzungszonen bestimmen Fremdheit und Ausgrenzung ihren Alltag, Zwangseinquartierungen und Barackenlager, Hunger, Entbehrungen und die Suche nach Familienangehörigen sind ständige Begleiter. Diese Erfahrungen teilen sie mit Millionen „Displaced Persons“ und Kriegsgefangenen, die nach ihrer Befreiung aus deutscher Gewalt auf ihre Repatriierung oder Emigration nach Übersee warten.

Mit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten stehen zwei Eingliederungsstrategien für die deutschen Vertriebenen nebeneinander: im Westen Integration durch „Wirtschaftswunder“ und Pflege heimatlicher Milieus, im Osten Zwangsassimilierung und öffentliches Schweigen über das Vertreibungsschicksal.

Der wirtschaftliche, soziale und politische Eingliederungsprozess verläuft höchst unterschiedlich und keineswegs reibungslos. Dennoch tragen Millionen Vertriebene zum Gelingen des „Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik bei, unterstützt durch staatliche Soforthilfe und Lastenausgleich. Im Kontext des Kalten Krieges werben die bundesdeutschen Parteien zunächst um die Wählerstimmen der Vertriebenen. Schließlich polarisiert die Vertriebenenfrage den Kampf um die Ostverträge und wird seitdem zu einem politischen Streitpunkt. Seit den 1970er Jahren wird das Vertriebenenthema gesellschaftlich zunehmend marginalisiert. In der DDR sind Vertriebene, schon wenn sie sich mit Landsleuten treffen, häufig staatlichen Repressalien ausgesetzt.

Gleichzeitig erfolgen seitens der Kirchen erste symbolische Gesten der Versöhnung zwischen Polen und Deutschen, aus denen – insbesondere ermöglicht durch die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik – zahlreiche Initiativen entstehen. Vor allem Vertriebene und ihre Nachfahren engagieren sich für eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn. Sie nutzen die verbesserten Reisemöglichkeiten in ihre frühere Heimat, um dort oft freundschaftliche Kontakte mit den jetzigen Einwohnern zu knüpfen. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 beteiligen sich viele deutsche Vertriebene an Hilfsaktionen für die vom kommunistischen Regime unterdrückten Menschen.

Themen:

- Ankunftserfahrungen geflüchteter und vertriebener Deutscher
- Wirtschaftliche und soziale Eingliederungsmaßnahmen
- Die Stuttgarter Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950
- Das Schicksal der „Displaced Persons“
- Finnische Integrationspolitik als Vorbild
- Die Vertriebenen und ihre politischen, kulturellen und religiösen Organisationen einschließlich der Geschichte des Bundes der Vertriebenen
- Die Sammlung und Bewahrung von Kultur und Dialekten der Deutschen im östlichen Europa
- Die Veränderung sozialer und kultureller Milieus in Nachkriegsdeutschland durch die Vertriebenen
- Politische Dimensionen des Vertriebenenproblems
- Versöhnungsinitiativen seit 1965

Mögliche Fallstudien:

- Waldkraiburg: Vertriebenenstadt auf der Hinterlassenschaft einer Sprengstofffabrik
- Eisenhüttenstadt: Hoffnung für vertriebene Arbeiter
- Berlin: Geschichte des Deutschlandhauses
- Geteiltes Dorf an der Oder: Vertriebene an beiden Ufern

7) NACH 1989: AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN ERINNERUNGSKULTUR?

Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs brechen lange unterdrückte ethnische Konflikte auf. Durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien werden Flucht und Vertreibung wieder zu einer aktuellen europäischen Erfahrung. In Europa beginnt man, auch lange zurückliegende Vertreibungen aufzuarbeiten und Vertreibung als Mittel der Politik zu ächten.

Zugleich wirft die (Wieder-) Herstellung souveräner Nationalstaaten schmerzhaft Fragen an die Vergangenheit auf. Anfangs steht die Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen im Zentrum. Aber auch lange verschwiegene Themen wie die deutsche Vergangenheit von Kulturlandschaften und die Vertreibung ihrer Bewohner werden enttabuisiert, dadurch einseitig nationale Denkmuster aufgebrochen und hinterfragt. Noch vorhandene deutsche Minderheiten erhalten verbrieft Rechte und dürfen sich öffentlich artikulieren.

Fragen nach der Vergangenheit bedeuten auch Fragen zur eigenen Identität. In Prozessen kultureller Aneignung werden die versunkenen multiethnischen Lebenswelten Mittel- und Osteuropas zunehmend als Reichtum begriffen und als bewahrenswertes gemeinsames Erbe verstanden. Dafür stehen Äußerungen wie die des rumänischen Innenministers Vasile Blaga auf den Heimattagen der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben 2010: „Ich möchte Ihnen sagen, dass Rumänien Sie vermisst“.

Mit zahlreichen regionalen Projekten wie beispielsweise der „Stiftung Kreisau“ oder der tschechischen Bürgerinitiative „Antikomplex“ werden internationale Aufarbeitung und Erinnerung eine europäische Realität. Dadurch ergeben sich neue Perspektiven für die Zukunft Europas, die der Vielschichtigkeit und Komplexität des historischen Erbes gerecht zu werden suchen.

Neben dem deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen oder deutsch-ungarischen Dialog entwickeln sich auch Versöhnungsprozesse zwischen weiteren europäischen Völkern, etwa zwischen Polen und Ukrainern sowie Ungarn und Slowaken.

Kirgistan, Darfur, die Demokratische Republik Kongo: auch wenn ethnisch motivierte Vertreibungen ihren bisherigen Höhepunkt im 20. Jahrhundert hatten, werden „ethnische Säuberungen“ nach wie vor als Mittel der Kriegsführung sowie als vermeintliches Konfliktlösungsmodell angewendet. Mit einer aktualitätsbezogenen und globalen Darstellung von Vertreibungen und ihren schrecklichen Konsequenzen für die Leidtragenden endet der Parcours der Dauerausstellung und trägt damit dazu bei, das weltweite Unrecht „ethnischer Säuberungen“ zu dokumentieren.

Themen:

- Deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa heute
- Regionale Initiativen
- Die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien
- Geschichtspolitische Debatten und Irritationen in Deutschland und anderen Ländern
- Globaler Charakter von Zwangsmigration und „ethnische Säuberungen“ der Gegenwart

Mögliche Fallstudien:

- Kreisau
- Serbien (Donauschwäbischer Friedhof)
- Hermannstadt

6. Ausblick

Berlin liegt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges geographisch mitten in Deutschland. Vom Stettiner Bahnhof und vom Schlesischen Bahnhof, so die historischen Namen der Kopfbahnhöfe im Osten und Norden der Stadt, fuhren die Züge nach Breslau, Stettin, Danzig und Königsberg. Jeder richtige Berliner stamme aus Schlesien, hieß es einst in der deutschen Hauptstadt. Versunkene Lebenswelten: Deutschlands einstiger Osten – Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen sowie die brandenburgische Neumark – machte mehr als ein Viertel des deutschen Staatsgebiets aus. Auch die Iglauer Sprachinsel oder die Gottschee sind Geschichte. Versunken ist das griechische und armenische Leben in Smyrna, versunken sind die vielfältigen Lebenswelten im einst polnischen Lemberg, im Czernowitz Paul Celans, im jiddischen Wilna. Ihre multiethnische Vielfalt und der damit verbundene kulturelle Reichtum sind unwiederbringlich verloren.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und den ihn begleitenden ideologischen Debatten ergeben sich heute neue Möglichkeiten einer gemeinsamen Erinnerung in Europa. An Erich Mendelsohn, Joseph von Eichendorff, die Breslauer Nobelpreisträger oder Gerhart Hauptmann erinnert man heute in Polen selbstverständlich und nicht ohne regionalen Stolz. „In meiner Art zu denken und zu urteilen, komme ich immer noch aus Königsberg“, hat Hannah Arendt einst gesagt. Damit ist der Blick geweitet: Die Erinnerung an den deutschen Osten wird als Teil europäischer Geistesgeschichte begriffen und zu einem Impuls der Versöhnung.

Auch daran will sich die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* im Dialog mit Partnern in ganz Europa orientieren. Unterschiedliche Perspektiven und ein offener wissenschaftlicher Diskurs sollen die Arbeit der Stiftung prägen. Sie will ein Ort der Information und der Begegnung sein, um den Konsens über die Unmenschlichkeit und das Unrecht von Vertreibungen zu fördern und so zur Völkerverständigung in einem größer gewordenen Europa beizutragen. Zugleich will sie ihren Beitrag leisten, um Vertreibungen künftig weltweit zu ächten. Dabei versteht sich die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* unmittelbar dem Leitmotiv unseres Grundgesetzes im Artikel 1 verpflichtet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“